Beilage
Freitag den 28. August 1931

Arbeiterstimme

Nr. 153
7. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Dresden

„Er" war da!

Der große Adolf nämlich. Wer es noch nicht wußte, gestern wurde es in allen bürgerlichen Zeitungen Dresdens verkündet. Wo er abgestiegen ist? Das ist doch ganz klar. Natürlich nur im ersten Hotel Dresdens. Palast-Hotel Weber — das war sein Absteigequartier. Was tut's, daß dieses „erste Haus" dem Bankhaus Arnold gehört? Bei der bekannten Vorliebe Adolfs für Bankfürsten und dem, was in den Banken enthalten, ist nichts, wovon besonderes Aufsehen gemacht werden müßte. Natürlich kann man „ihm", dessen Anwesenheit von allen Zeitungen gemeldet wird, nicht zumuten, in der Bleibe der SA zu übernachten. Schließlich braucht Adolf ja auch nicht gerade den Schutz der SA, wenn er schläft; für den wird auch von anderer Stelle, wenn es sich um solche Größen handelt, gesorgt. Was er hier wollte? Selbstverständlich seine Sorge. Immerhin wegen der „Rosa" war er, wie der Freiheitskampf mitzuteilen in der Lage ist — und der muß es ja wissen — nicht in Dresden. Kein Wunder, wenn er jahrelang sich mit einem Stabschef abgeben muß, der vom anderen Geschlecht nichts, aber auch gar nichts wissen will. Aber die „Rosa", die blieb links liegen. Ist nur was für Dresden. Ob die eine „Rosa" genommen haben, damit die Röhms sich nicht damit abgeben sollen? Na, jedenfalls war Adolf nicht dort. Weshalb er dann hier war? Das hat er gar nicht verraten, aber die Dresdner Nachrichten, Hugenbergs Dresdner Sprachorgan, hat's raus: „Weil die riesige Menschenmenge „ihn", den großen Führer der Nationalsozialisten, sehen wollte", so meldet sie gestern ganz begeistert. Ob ihr Berichterstatter Adolfen die Hand gedrückt hat — wir wissen es wiederum nicht. Eins aber wissen wir: „Die Liebe" der Dresdner Arbeiter zu ihm, Adolf, ist so groß, daß sich der große Führer nur durch die Polizei vor dieser Liebe schützen konnte, weshalb die Dresdner Neueste melden muß, „daß es vor dem Hotel zu einer großen Schlägerei gekommen ist und die Polizei die Ordnung wieder herstellen mußte".

Weshalb wir auch verstehen, weshalb Adolf, der Proben seines Mutes nicht bloß 1923 in München gegeben hat, es vorgezogen hat, so schnell zu verschwinden. Oder sollte es doch anders sein?

Dölitzsch verhöhnt die Hungernden

Schändliches Täuschungsmanöver im Rathaus

Stadtverordnetenkollegium soll erst am 7. September 1931 zusammentreten / Das ist der „Kampf" der Dresdner „Linken" gegen Lohn- und Unterstützungsraub!

Wir hatten vorige Woche bereits mitgeteilt, daß die kommunistische Rats- und Stadtverordnetenfraktion sich mit der durch die Notverordnung geschaffenen Lage in Dresden beschäftigt hatte. Insbesondere war es der drohende Lohnraub, die Massenentlassungen und der Unterstützungsraub, den die Külz und Bührer unter Ausschaltung des Stadtparlaments durchführten, der sie veranlaßte, die sofortige Einberufung des Stadtverordnetenkollegiums zu fordern. **Folgende Anträge wurden von ihr gestellt:**

1. **von der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Juli keinen Gebrauch zu machen und die Löhne der Gemeindearbeiter in bisheriger Höhe weiterzuzahlen,**
2. **die Ratsverfügung auf Stillegung aller Bauten und die ausgesprochenen Entlassungen rückgängig zu machen,**
3. **zum Zwecke der Einreihung Erwerbsloser in die Produktion die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen und**
4. **die Direktoren der AG abzubauen und die Gehälter der höheren Beamten auf 500 RM festzusetzen.**

Weiter wurde beantragt:

a) **die durch Rat und Kreishauptmannschaft vorgenommenen ungeheuerlichen Kürzungen der Fürsorgeunterstützungssätze und Aenderungen der Anrechnungsrichtlinien mit sofortiger Wirkung aufzuheben und die am 1. Juli geltenden Richtsätze wieder einzusetzen,**

b) **allen wirtschaftlich Schwachen Mietbeihilfen in erforderlicher Höhe durch das Fürsorgeamt zu bewilligen und**

c) **ab 15. September an Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger pro Monat drei Zentner Kohlen zu bewilligen.**

Acht volle Tage brauchte Herr Dölitzsch, um auf das Schreiben eine Antwort zu finden. Am gestrigen Tage erhielt Genosse Schrapel folgendes Schreiben des Vorstandes:

„Auf Ihren im Namen der Fraktion der KPD gestellten Antrag vom 21. August 1931 auf sofortige Einberufung einer Stadtverordnetensitzung teile ich Ihnen mit, daß der Vorstand der Stadtverordneten im Hinblick auf die gegenwärtige Lage die Einberufung einer Stadtverordnetensitzung für notwendig hält und daß er die Sitzung für den 7. September 1931 festgesetzt hat.

Stadtverordnetenvorsteher. gez. Dölitzsch."

Dieses Schreiben ist der schlimmste Hohn für die Hungernden. Zum 7. September tritt das Stadtverordnetenkollegium sowieso wieder ordnungsgemäß zusammen. Am 2. September laufen nämlich die Ferien der Stadtverordneten ab. Am 7. 9. hätte demzufolge die erste reguläre Sitzung stattfinden müssen. Das alles weiß Herr Dölitzsch, wissen die „Linken", weiß auch der Vorstand der Stadtverordneten. Gleichwohl haben sie den traurigen Mut, so zu tun, als ob sie eine außergewöhnliche Tat vollbringen. Sie wollen zu dem alten Betrug neuen hinzufügen. Mit solchen Manövern sollen die Hungernden getäuscht werden. Dabei hätte Herr Dölitzsch den Vorstand gar nicht erst fragen brauchen. Er wäre von sich aus befugt gewesen, diese Sitzung einzuberufen. Sollte sie einen Sinn haben, so müßte sie vor dem Inkrafttreten des Lohn- und Unterstützungsraubes stattfinden. Dazu hätte der Vorsteher auch das Recht gehabt. Er wollte aber nicht! Er hätte das, wenn er wußte, daß seine Fraktion, die SPD, damit einverstanden ist, noch viel eher tun können. Die Rösch, Franke, Finsterbusch, die wohlbestallten Herren Direktoren und Redakteure wollten aber nicht. Sie wollten Zeit gewinnen. Das ist ihnen nunmehr gelungen. Das Manöver aber ist zu erbärmlich, als daß es nicht erkannt würde.

Wem wollen die Dölitzsch, Rösch, Finsterbusch und der Vorstand der Stadtverordneten heute noch erzählen, daß zur Einberufung der Sitzung 2½ Wochen notwendig seien? Die Werktätigen erkennen heute: Die Rösch und Co. suchen nur hinter dem Vorstand Deckung, um die Schandrolle der SPD vor den Arbeitern verdecken zu können.

Die Werktätigen erkennen die Rolle dieser Gesellschaft. Sie wissen, daß der Lohn-, Steuer- und Unterstützungsraub in der großen Einheitsfront von den Nazis bis zu Rösch im Dresdner Stadtverordnetenkollegium seine festeste Stütze hat. Ihre Partei ist die Kommunistische Partei, die als einzige rücksichtslos und unerschrocken den Kampf führt gegen Lohn-, Steuer- und Unterstützungsraub. Die Antwort aller Werktätigen auf diesen Schandstreich muß sein: Einreihung in die Kommunistische Partei! Werdet Leser der Arbeiterstimme und des Volksechos.

Immer daran denken, daß bis zum letzten Genossen am Zellentag (1. September) alles mobil gemacht werden muß

Arbeiter verhungern auf offener Straße

Welche ungeheuerlichen Folgen der räuberische Feldzug durch die Bourgeoisie auf die Löhne und die Unterstützungen sowie auf die ganze Lebenshaltung der Werktätigen hat, zeigt folgende Meldung:

Auf der Kohlschütterstraße fiel am Mittwoch mittag der 34 Jahre alte Arbeiter Kurt Heinrich, der sich auf dem Wege zum Arbeitsamt befand, vor Hunger um. Er schlug dabei mit dem Hinterkopf auf die Bordkante und blieb besinnungslos liegen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht.

Am Donnerstag gegen 18,50 Uhr fiel auf der Lindengasse vor dem Grundstück Nr. 2 der 33jährige arbeitslose Arbeiter Richard Merk, der sein Fahrrad neben sich her schob, plötzlich um und blieb bewußtlos liegen. Er wurde von Straßenpassanten nach dem Hausflur des Grundstücks gebracht und von dort mit dem Unfallwagen dem Johannstädter Krankenhaus zugeführt. Das plötzliche Unwohlsein des Verunglückten soll nach Feststellungen eines Arztes durch Hunger eingetreten sein.

Das sind die Folgen der Sanierungspolitik, die mit Unterstützung der SPD von der herrschenden Klasse getrieben wird. Während die Banken zur Sanierung Dutzende von Millionen Mark erhalten, während von den Kommunen den Industrieunternehmern, die zu den schwerreichsten in Deutschland gehören und seit 1924 rund 50 Prozent Reingewinn machen konnten, hunderttausende mit Hilfe der SPD in den Rachen geworfen werden, während auch nicht eine Mark von den Geldern für Theater, für Polizei, die in die Millionen gehen und die im Dresdner Etat stehen, gestrichen wird, ist dem Fürsorgeempfänger eine Kürzung nach der anderen diktiert worden.

Auf Kosten der Werktätigen soll die bankrotte Gemeinde saniert werden. Wie lange noch? Nicht länger, als bis die Werktätigen endlich erkennen, daß der Weg zur Verhinderung der Hungeroffensive, der Weg zur Sicherung der Existenz der Millionenmassen nur sein kann der Weg des unerbittlichen Klassenkampfes unter Führung der KPD! Reiht euch ein in die Kommunistische Partei! Lest die Arbeiterstimme und das Volksecho!

Pfund erschießt sich

Der Mitinhaber der Firma Gebrüder Pfund, Max Pfund, wurde im Moritzburger Wald erschossen aufgefunden. Wie mitgeteilt wird, liegt Selbstmord vor. Die Tat soll aus wirtschaftlicher Not (?) begangen worden sein.

Scheune niedergebrannt

Helmsdorf. Hier schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Grünner und zündete. Trotz raschem Eingreifen der Feuerwehr brannte die Scheune mit der gesamten Ernte nieder.

„Die Kommunisten rüsten zum Bürgerkrieg"

„Der Aufstandsplan der roten Hundertschaften gefunden"

„Die Kommunisten rüsten zum Bürgerkrieg." So und ähnlich konnte man es im bürgerlichen Blätterwald, vom Mutschmannblättchen bis zur Dresdner Volkszeitung, lesen. Endlich hatte man auch die Beweise dafür gefunden. Fürchterliche Verbrechen, geplant von der KPD — durch dieses verbrecherische Treiben der KPD. So sah das Kommentar zum Polizeibericht in der Dresdner Volkszeitung aus. Sichtlich erleichtert atmeten die Redaktionen dieser Zeitungen auf, daß es nun endlich gelungen war, ein Riesenverbrechen der KPD zu verhindern. Worin nun sollte der Beweis hierfür bestehen? Neben einem „riesigen Waffenlager", von dem es hinterher merkwürdig still geworden war, hatte die Polizei in Striesen eine Tafel mit Aufzeichnungen beschlagnahmt. Kein Zweifel, hier hatte sie nun endlich den strategischen Aufmarschplan der KPD zum Bürgerkrieg in Dresden. Aber seltsam, auch hier war es hinterher mit einem Male so still. 14 Tage lang hörte man davon nichts mehr. Bis auf einmal das Mutschmannblättel, das ja, wenn es sich um Meldungen von der Polizei handelt, über allerhand Verbindungen zu verfügen scheint, die ganze erste Seite ihrer Mittwochnummer, groß aufgemacht, Meldungen über Vorbereitungen zum Bürgerkrieg brachte. Diesmal aber handelte es sich nicht mehr um solche der KPD, nein:

die „friedliebende" SPD rüstete zum Bürgerkrieg.

Unglaublich, ja — oder doch nicht? Jedenfalls ließ die Ruhe, die das Polizeipräsidium seit der ersten Veröffentlichung bewahrt hatte, schon lange darauf schließen, daß es mit dem Aufstandsplan der Kommunisten Essig war. Was aber war es dann? Wir erhielten gestern die Mitteilung eines Arbeiterkorrespondenten, die wir bereits abdruckten, nach der diese Tafel Aufzeichnungen über Straßenzüge enthielt, auf der der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" das Verhalten laut Verkehrsordnung lernt.

Gestern aber bringt nun die Dresdner Volkszeitung eine Entgegnung auf den Freiheitskampf, in der es heißt:

„Die betreffende Tafel gehört allerdings den sozialdemokratischen Ordnern und zeigt Einzeichnungen über die Aufmarschtechnik unserer Schutzformationen bei sozialdemokratischen Kundgebungen, Versammlungen, Abwehr von Ueberfällen usw. Das ist alles, und wenn das Blättchen wünscht, das Polizeipräsidium möge sich in dieser Angelegenheit möglichst klar äußern, so liegt hier der seltene Fall vor, daß wir uns mit den Dresdner Nazis einmal in Uebereinstimmung befinden.

... Im übrigen machen wir kein Hehl daraus, daß die Sozialdemokratie für gewisse Fälle gerüstet ist, daß unsere Abwehrorganisationen recht gut wissen, was sie zu tun haben, wenn die deutsche Reaktion etwa zum Schlage gegen Verfassung, Demokratie und Republik ausholen sollte."

Deshalb war es so plötzlich still, deshalb wohl auch brachte die Dresdner Volkszeitung die zweite Polizeimeldung mit der Ueberschrift „Wozu der Lärm?"

Wen will die SPD reiten? Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren: was ist nun richtig? Will das Polizeipräsidium, das bei den Kommunisten immer sehr schnell mit Meldungen bei der Hand ist, noch länger schweigen?

Hilfe! — Hilfe! — Hilfe!

„Kommunistische Schreckensabteilungen in Sachsen!"

Welche Blüten die Kommunistenhatz gegenwärtig treibt und wo die Verfasser der Schauermärchen gegen die KPD zu finden sind, zeigt folgende Meldung des Hugenbergschen Telunion-Dienstes:

„Eine kommunistische Schreckensabteilung unschädlich gemacht.

tsd. Leipzig, 26. August. Es wurde berichtet, daß im Zusammenhang mit der Verfolgung des Mordes an dem Nationalsozialisten Blümel in Leipzig eine Anzahl junger Kommunisten verhaftet wurden, die der Mittäterschaft dringend verdächtig sind. Nun hat sich im Laufe der Untersuchung herausgestellt, daß man hier, um mit Wallace zu reden, eine wirkliche „Bande des Schreckens" unschädlich gemacht hat. Die Verhafteten kommen auch als Mittäter für die während eines wilden Erntearbeiterstreiks in der Nähe von Leipzig verübten Ernte- und Maschinenschädigungen in Betracht. Es handelt sich um eine geschlossene Personengruppe, deren Angehörige von öffentlicher Unterstützung lebten und auf dieser Daseinsgrundlage ihre Schreckensherrschaft ausübten."

„Um mit Wallace zu reden", damit kennzeichnet sich diese hugenbergsche Agentur, der im Kampfe gegen die KPD jedes Mittel recht ist, unbewußt auf das treffendste. Wallace ist der Verfasser einer Reihe von Kriminalromanen. Romane, d. h. erdachte Geschichten sind es, die hier den Werktätigen vorgesetzt werden. Sie zeigen zu deutlich die Absicht. Die Werktätigen, alle die Opfer des Unterstützungs-, des Steuer-, des Zoll-, Lohn- und Gehaltsraubes, sie sollen mit diesen Schauermachrichten von dem Griff in ihre Tasche, den die herrschende Klasse führt, abgelenkt werden. Sie sollen nicht erkennen, daß die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die den Kampf führt gegen Lohn-, Steuer- und Unterstützungsraub!

Die Werktätigen erkennen heute diese Manöver. Ihre Antwort ist Einreihung in die Kommunistische Partei! Kampf dem Hungerfeldzug der Bourgeoisie! Lest die Arbeiterstimme und das Volksecho!

14 Genossen des VB 1 sind verhaftet

Für einen verhafteten Genossen 10 neue Kämpfer für die revolutionäre Klassenfront! Gebt Brüning-Schlieck-Severing die Antwort! — Alle Mitglieder des VB 1 stellen am Sonntag dem 30. August zur Hausagitation und Werbung in folgenden Lokalen: Friedrichstadt: Café Wendisch, Weißeritzstr.; Löbtau: Bürgergarten; Naußlitz: Rest. Standfuß; Zentrum: Rest. Stiftshof; Plauen: Rest. Fiedler; Briesnitz: in den bekannten Zellenlokalen. Wo bleibt Cotta? Nachmittags treffen wir uns bei der Ruderregatta der roten Sportler in Uebigau. Vorwärts, Genossen, das Sturmbanner der VL muß in unserem VB bleiben!

Heraus zur Demonstration

am Sonntag, dem 30. August, 13 Uhr, Zöllnerplatz zur Konferenz werktätiger Frauen

SLUB
Wir führen Wissen.